

5

10

15

25. ordentliche Juso-Landeskonferenz

20

22. – 23. April 2017

Schwerin

25

30

- **Beschlussbuch** -

35 **Anträge A – Antrag im Bereich „Arbeitsprogramm“**

A1	Arbeitsprogramm
<input type="checkbox"/> angenommen	

Die Landeskonzferenz möge beschließen:

40 1. Ziele

Das Jahr 2017 wird uns Jusos Mecklenburg-Vorpommern vor diverse Herausforderungen stellen. Im September findet die Bundestagswahl statt, bei der es um die Zukunft, mindestens der nächsten 4 Jahre, geht. Um für die Zukunft gut gerüstet zu sein, brauchen wir deshalb nach der Bundestagswahl neue politische Bündnisse auf Bundesebene. Wir werden uns
45 deshalb nach dem Wahlgang für Rot-Grün, Rot-Rot, bzw. Rot-Rot-Grün stark machen. Eine Weiterführung der großen Koalition lehnen wir ab. Denn die politischen Perspektiven von Schwarz-Rot sind erschöpft!

50 Unsere im letzten Jahr zur Landtagswahl gestartete Kampagne „Wer kämpft für dich?“ werden wir mit entsprechenden Anpassungen und Verbesserungen zur Bundestagswahl fortführen. Unser Ziel ist dabei, sowohl die jungen Wähler*innen im Alter von 18 bis 35 zur Wahl aufzurufen, als auch natürlich wieder neue Mitglieder für die Jusos zu gewinnen. Wir werden uns bei der Kampagne verstärkt auf den Social-Media Bereich konzentrieren, aber auch die
55 Präsenz vor Ort im Land und dort, im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, vor allem auch in den ländlichen Regionen intensivieren.

In den letzten Monaten sind viele neue Mitglieder aus verschiedenen Gründen den Jusos und der SPD beigetreten. Wir wollen diese mit einer guten Betreuung langfristig an unseren

60 Verband binden. Dazu werden wir unter anderem einen Brief mit Materialien wie Informa-
tionen über kommende Veranstaltungen und Neuigkeiten innerhalb des Verbandes an unse-
re Neumitglieder verschicken. Trotzdem dürfen wir natürlich die Betreuung unserer Be-
standsmitglieder nicht vernachlässigen. Wir werden die Mitgliederbetreuung im kommen-
den Jahr deshalb insgesamt mehr an den LaVo koppeln, zum einen um die Kreisverbände bei
65 ihrer Arbeit ein wenig zu entlasten, zum anderen, um jedes Mitglied unabhängig ihrer*seiner
Kreisverbandszugehörigkeit gleichsam über die Abläufe, Veranstaltungen und Neuigkeiten
im Landesverband informieren zu können.

70

2. Verbandsstruktur

Die Landesarbeitskreise und die Projektgruppen sind das programmatische Rückgrat unseres
Verbandes. Von ihnen geht die inhaltliche Arbeit aus und in ihnen werden zentrale Be-
schlusslagen ausgearbeitet. Dies soll auch im folgenden Jahr wieder die Zielsetzung der Ar-
75 beit in den LAKs und Projektgruppen sein. Diese wichtige Arbeit funktioniert allerdings nur
mit interessierten und engagierten Personen. Deshalb werden wir im kommenden Jahr we-
niger LAKs und Projektgruppen einberufen als in den letzten Jahren und möchten dadurch
den Mitgliedern die Möglichkeit geben, nach ihren Interessen und Wünschen weitere Pro-
jektgruppen zu gründen, bei denen der Landesvorstand dann unterstützend zur Seite steht.
80 Wir werden auf unseren Seminarwochenenden auch immer einen Slot für ein Treffen eines
LAKs oder einer Projektgruppe einrichten, damit eine breite Teilnahme an den Sitzungen und
an der Arbeit sichergestellt werden kann.

85 Folgende LAKs und Projektgruppen werden wir einberufen:

LAK Bildung

Die Bildungspolitik ist ein zentraler Bestandteil unserer jungsozialistischen Arbeit. Nur ein
90 gerechtes, faires und kostenfreies Bildungssystem schafft Chancengerechtigkeit für alle
Menschen.

Wir werden uns in der kommenden Zeit in die Novelle des Schulgesetzes mit einbringen und
weiterhin für eine Bildung ohne Klassenstrukturen kämpfen. Keinem Kind darf nach der
95 Grundschule die Chance genommen werden Abitur oder einen anderen Schulabschluss zu
machen. Deswegen setzen wir uns für ein längeres gemeinsames Lernen ein. Die personelle
und materielle Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen muss verbessert werden, damit
ein qualitativ hochwertiges Lehrangebot gewährleistet werden kann. Wir werden außerdem
das Thema G8/G9 erneut innerverbandlich diskutieren. Trotz des Rückgangs der Schü-
100 ler*innenzahlen dürfen keine weiteren Schulen im ländlichen Raum geschlossen werden. Wir
können es Schüler*innen nicht zumuten, große Teile ihres Tages im Schulbus auf dem Weg
in die nächste größere Stadt zu verbringen.

Bei der Beruflichen Bildung setzen wir uns weiterhin für ein Landesauszubildendenticket
105 sowie für die Mindestauszubildendenvergütung ein. Auch hier setzen wir uns gegen die
Schließung von Berufsschulen sowie für eine Sanierung der bestehenden Gebäude ein.

In der Hochschulpolitik arbeitet der LAK Bildung und der Juso-Landesvorstand eng mit der
Landeskoordination der Juso Hochschulgruppen zusammen. Wichtigstes Thema im kom-
110 menden Jahr wird in der Hochschulpolitik die Begleitung der Novelle zum Landeshochschul-
gesetz sein und weiterhin ist es das Ziel, die Anzahl der Hochschulgruppen in MV auszubau-
en.

LAK Gender Awareness

115

Wir werden die Projektgruppe Gender-Awareness dieses Jahr zu einem LAK aufwerten, da
die Arbeit im vergangenen Jahr sehr gut funktioniert hat und wir das Thema Gender-
Awareness als wichtiges und zentrales Element innerhalb unseres Verbandes aufstellen wol-
len. Der LAK wird die verbandsinternen Strukturen reflektieren und herausstellen, wo wir

120 uns beim Thema Gender Awareness noch verbessern können. Wir werden weiterhin einmal
im Jahr, also zu jeder LaKo, ein Genderbericht präsentieren, der die Fortschritte, aber auch
die Punkte, an denen wir noch arbeiten müssen, aufzeigt. Der LAK wird auch unsere Be-
schlusslagen zu den Themen Gender Awareness, Diversity und (Queer)-Feminismus zusam-
menfassen und veröffentlichen. Der LAK soll außerdem die*der Ansprechpartner*in für alle
125 Mitglieder zu diesem Thema sein. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt des LAKs wird die geziel-
te Anwerbung von weiblich* sozialisierten Interessent*innen sein.

LAK Wirtschaft und Soziales

130 Zentral im sozialistischen Kampf ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Allein sie vermag es,
den Kapitalismus zu überwinden. Wir versuchen hier unsere Mitglieder wieder zu sensibili-
sieren und zu repolitisieren. Linke Politik ohne die Verteilungsfrage zu stellen, ist absurd. In
Anbetracht der kommenden Bundestagswahlen müssen wir daher die Programmdebatte
mitbegleiten. In diesem Rahmen diskutieren wir allen voran die Verteilungsfragen und mo-
135 derne Antwortmöglichkeiten, die Verteilung von Arbeitszeit, Steuern und staatliche Finan-
zierungsgrundlagen und werden in diesem Rahmen auch eine vergleichende Betrachtung
von verschiedenen europäischen Sicherungssystemen durchführen.

Projektgruppe Antirassismus

140 Die einzige Projektgruppe, die wir zum jetzigen Zeitpunkt einberufen ist die Projektgruppe
Antirassismus. Die Themenschwerpunkte der Projektgruppe Antirassismus für das kom-
mende Arbeitsjahr werden vor allem die Auseinandersetzung mit den Themen Rassismus
und (struktureller) Antisemitismus sein. Unser Verband muss sich im Vorfeld der Bundes-
145 tagswahl klar werden, wie wir und die SPD in Zukunft mit der AfD umgehen - und vor al-
lem, wie man die Wähler*innen der AfD wieder zurück an den Tisch mit den Demokrat*innen
holt. Die Projektgruppe Antirassismus soll außerdem unsere Schnittstelle zu den Projekten
Storch Heinar und Endstation Rechts sein. Außerdem wollen wir in diesem Jahr nach mehr-
maligen Versuchen in den vergangenen Jahren ein Demotraining anbieten.

150

3. Politische Bildung

Auch 2017 wird die politische Bildung wieder eine zentrale Rolle in unserem Verband einnehmen. Unsere traditionsreichen Seminare Karl-und Rosa, das internationale Seminar, die Sommerschule und das Weihnachtswochenende werden wir auch dieses Jahr wieder durchführen. Außerdem werden wir dieses Jahr im Juni eine Delegationsreise nach Israel und Palästina durchführen, um mit unseren Partnerorganisationen und dem Willy-Brandt-Center vor Ort in Kontakt zu kommen. Wir werden allerdings auch neue Ideen ausprobieren, um unser Angebot an Seminaren und anderen Bildungsangeboten weiter zu verbessern. Dazu zählt vor allem die Einführung von Webinaren, bei denen Vorträge und andere Veranstaltungen per Live-Stream ins Internet übertragen werden, sodass auch Personen, die nicht vor Ort sein können, unsere Bildungsangebote wahrnehmen können. Wir werden dieses Jahr nach langer Zeit wieder ein Grundlagen- und Neumitgliederseminar durchführen, damit die neuen Mitglieder einen guten Anschluss an unseren Verband finden und für unsere Arbeit und Inhalte sensibilisiert werden. Ein weiteres neues Seminar, was wir durchführen werden, ist ein gemeinsames Seminar mit Bündnispartner*innen, wie anderen Jugendorganisationen, Gewerkschaften und anderen Initiativen. Dies soll die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen verbessern. Weiterhin werden wir auf jedem Seminarwochenende Slots für Treffen von LAKs freihalten, damit eine breite Teilnahme an den Sitzungen der LAKs gewährleistet werden kann. Bei der Planung der Seminarwochenenden werden wir die Kreisverbände mehr einbinden, damit eine möglichst große Teilnahme aus dem gesamten Verband sichergestellt werden kann.

4. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

In der öffentlichen Kommunikation spielen soziale Medien eine immer größere Rolle. Wir werden uns deshalb im Social-Media Bereich weiterbilden, um unsere Reichweite zu erhöhen sowie qualitativ und quantitativ höher wertige Beiträge erstellen zu können. Unsere Social-Media Arbeit wird sich dabei auf die Plattformen Facebook und Instagram konzentrieren. Wir werden unsere Veranstaltungen, wie schon in der letzten Zeit, intensiv mit Videos dokumentieren und diese anschließend veröffentlichen.

Über die Kommunikation via Social-Media hinaus werden wir natürlich auch weiterhin das Mittel der Pressemitteilung nutzen, wenn es für die Jusos relevante Themen erfordern.

185

Innerverbandlich werden wir die Mitglieder über einen regelmäßig erscheinenden Newsletter, bei dem jedes LaVo-Mitglied im Laufe der Amtszeit ein bis zwei Artikel veröffentlicht, über die Arbeit auf Landesebene auf dem Laufenden halten.

190 5. Bündnispartner*innen

Wir als Teil der Arbeiter*innenbewegung wollen alle unsere Mitglieder auffordern und ermuntern, auch in den Gewerkschaften aktiv zu werden. Ein Kampf für die Befreiung des Menschen kann nicht allein in der Politik gewonnen werden. Auch wollen wir mit den Gewerkschaften weiter zusammenarbeiten und versuchen ihre Anliegen kontinuierlich in die Programmdebatte der SPD einzubringen.

195

Für einen linken Machtwechsel in Deutschland brauchen wir weitere Bündnispartner*innen. Dafür brauchen wir zwar in erster Linie eine starke SPD, aber alleine ist dieser Machtwechsel nicht möglich. Daher wollen wir mit den Jugendverbänden der möglichen progressiven Koalitionspartner*innen weiterhin eng zusammenarbeiten, um hier von "unten" eine Koalition zu erzwingen.

200

Auch Vorfeld-Organisationen dürfen wir nicht vergessen. Sich dort zu engagieren und mit ihnen an ihren Anliegen zusammenzuarbeiten, ist für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zentral.

205

Den Austausch mit unseren internationalen sozialistischen Schwesterorganisationen wollen wir weiter vertiefen und repolitisieren. Wir wollen versuchen, unsere Treffen nicht nur zum Netzwerken und Kennenlernen zu nutzen, sondern auch um gemeinsame inhaltliche Positionen zu erarbeiten, die wir in unsere nationalen Verbände einbringen.

210

6. Jusos in der SPD

215 Wir zählen uns weiterhin zur linken politischen Strömung innerhalb der Jusos. Daher wollen wir die Tradis als Strömungsorganisation stärken und ihr mehr politisches Gewicht verleihen. Weiterhin wollen wir uns in die Programmentwicklung und bei Bundesprojekten beteiligen.

220 Mit der Partei müssen wir unsere kritische Solidarität stärken. Für uns gilt es, diese auch zu leben, unsere Ideale in die Partei zu tragen und bei allen realpolitischen Zwängen unserer Partei unsere Vision einer sozialistischen Gesellschaft nicht über Bord zu werfen.

Wir werden bei inhaltlichen Überschneidungen mit Mandatsträger*innen gerne mit diesen
225 zusammenarbeiten, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen. Dies bedeutet für uns allerdings nicht, dass dies eine Einbahnstraße sein kann. Unterstützung und Zusammenarbeit muss immer gegenseitig erfolgen.

Selbst in Wahlkampfzeiten gibt es rote Linien, die Spitzenkandidat*innen überschreiten können.
230 Dies sind definitiv Äußerungen, die gegen unsere Grundwerte verstoßen oder gegen schon getroffene Parteibeschlüsse. Darauf müssen wir vor allen innerparteilich hinweisen. Parteitagsbeschlüsse bilden die Grundlage unserer Zusammenarbeit, deswegen ist es umso wichtiger, dass wir uns auf die Umsetzung dieser Beschlüsse auch verlassen können müssen. Nur so können die Jungsozialist*innen und die SPD mit voller Kraft für gemeinsame Ziele
235 kämpfen.

240

B1

Sprache schafft Wirklichkeit!

angenommen

245 **Die Juso Landeskonferenz möge beschließen:**

Als feministischer Richtungsverband fordern wir die Gleichstellung aller Geschlechter in allen Lebensbereichen. Dazu gehört auch die Sprache!

250 Wenn man* sich vor Augen hält, welches Instrument unserer Kommunikation wir am häufigsten nutzen, dann ist das zweifelsohne unsere Sprache. Wenn wir mit unseren Mitmenschen, ganz egal ob wir sie kennen oder nicht, in Kontakt treten wollen, geschieht dies hauptsächlich über unsere jeweilige Sprache. Aber genau diese Sprache ist geprägt von einem generischem Maskulinum und einem sexistischen Sprachgebrauch - sie konzentriert sich auf Männer als handelnde Subjekte. So werden Frauen häufig nur "mitgenannt" (Beispiel: Studenten) oder stereotypisiert ("Hausfrau", "Putzfrau" oder "Pussy").

255 Sprache ist kein geschlossenes, unveränderbares System. Es ist einem ständigen Wandel ausgesetzt und die Bedeutung von Worten entsteht erst durch die Handelnden, die Sprechenden, die den Begriff in einer bestimmten Weise verwenden. Dies betrifft auch die Begriffe Mann und Frau, die als Gegensatzpaare verwendet werden, und diskursive Begriffe sind, also nicht die "Wirklichkeit" abbilden können, sondern erst Identitäten schaffen. Da-
260 durch dass in unserer Grammatik das Geschlecht eine so große Rolle spielt und sie uns in ein binäres Geschlechtersystem presst, wird Zweigeschlechtlichkeit und die Ordnungsmacht der Kategorie "Geschlecht" erzeugt. Die enorme Auswirkung dieser Sprache auf unser Denken und damit auch auf unser Handeln macht es notwendig, dass wir diese hinterfragen und verändern.

265

Wie stark Sprache unser tägliches Denken und Handeln beeinflusst, hat die Genderforschung durch neurologische und experimentelle Versuche gezeigt. So stellt man* sich zum Beispiel bei der Verwendung des generischen Maskulinums eine männliche Gruppe vor und erzählt öfter Geschichten über Frauen*, wenn man* aufgefordert wird eine Geschichte über Vegetarier*innen zu erzählen, als über Vegetarier. So werden Frauen* unsichtbar. Das führt dazu, dass sich viele Frauen* verunsichert, ausgeschlossen und diskriminiert fühlen.

Deshalb fordern wir eine geschlechtergerechte Sprache.

Hierzu gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie Doppelnennungen ("Genossinnen und Genossen"), das Binnen I ("StudentInnen") oder das Gender Gap ("Schüler_innen").

Wir Jusos MV einigen uns jedoch darauf, den Genderstern zu benutzen, da dieser auch Personen anspricht, die sich nicht dem binären Geschlechtersystem zugehörig fühlen, wie z.B. Trans*menschen. Durch den Genderstern schaffen wir einen Raum für alle Menschen, die sich anders definieren oder sich gar nicht definieren wollen bzw. können. Lasst uns deshalb für die Sichtbarmachung jeglicher Identitäten kämpfen!

Ein Beispiel für diese Art zu gendern, wäre z.B. "Genoss*innen" oder bei zusammengesetzten Wörtern "Schüler*innensprecher*innen". Beim Sprechen des Gendersternchens wird – wie auch bei dem Gender Gap oder dem großen Binnen-I – eine Lücke gelassen, somit existiert keine große Hürde dies auch mündlich entsprechend umzusetzen.

Des Weiteren bevorzugen wir neutrale Formulierungen, wie z.B. "Studierende" oder "Mitglieder". Insofern diese existieren, sind diese bevorzugt zu verwenden.

Auch die Verwendung von anderen progressiven Sprach- Hacks ist zu begrüßen, da der subversive Umgang mit der deutschen Sprache, auf die unterdrückende Funktion dieser hin-

weist. So wurden beispielsweise auch Grammatiken entwickelt, die unabhängig von der binären Geschlechterordnung funktionieren (Singular: Studenta; Plural: Studentas).

295 Dadurch dass wir uns auf eine Art des Genderns mithilfe des Gendersterns und neutralen Formulierungen einigen, entsteht somit eine einheitliche Art des Genderns, die in allen Publikationen, wie z.B. Auf unseren Internet- und Facebook Seiten, oder auch bei Broschüren verwendet werden soll.

300 Abwertende Begriffe, wie "Emanze" statt "Emanzierte Frau*" oder sexistische Begriffe, wie "Mannsweib" verurteilen wir auf's Schärfste und diese haben bei unseren Veranstaltungen überhaupt nichts zu suchen!

Wir wollen das binäre Geschlechtersystem überwinden und eine Vielzahl an Geschlechtern ermöglichen, sodass jede Person die Möglichkeit hat sich dieses frei zu wählen. Des weiteren wollen wir die starren Kategorien aufbrechen und mit Gender verbundene Diskriminierung überwinden! Ein erster Schritt hierfür liegt in unserer Sprache. Wenn wir Frauen* und Männer* in unserer Sprache gleichstellen, dann wird dadurch ein gedanklicher Prozess angestoßen, der sich auf unser gesellschaftliches Handeln und Denken auswirkt!

310 In Zukunft möchten wir uns weiterhin mit unterschiedlichen Arten des Genderns beschäftigen, diese zwar kritisch betrachten, aber uns somit auch stets weiterentwickeln, um unsere gendergerechte Sprache den neusten Erkenntnissen anzupassen und um auf diesem Wege stets ein kleines bisschen mehr Gerechtigkeit zu schaffen.

315 Uns ist es wichtig, dass wir weiterhin einen Diskurs zur gendergerechten Sprache führen, denn niemand soll nur gendern, da es unserer Beschlusslage entspricht, nein! Wir wollen gendern, da wir auf diese Art und Weise eine bereits erläuterte Position einnehmen und weil wir aus Überzeugung gendern!

320

Wir verstehen Gendern nicht als ein notwendiges Übel oder als eine Frage der Ästhetik, sondern als Frage der Gerechtigkeit und Gleichstellung!

B2

Catch them all – Ein Pat*innenprogramm für weibliche Neumitglieder

angenommen

325

Die Jusos Landeskonferenz möge beschließen:

Frauen*, die neu in unseren Verband kommen, sollen eine feste und dauerhafte Ansprechpartner*in (weibliche Altmitglieder sind vorzuziehen) zugewiesen bekommen. Diese unterstützt das Neumitglied, indem sie*er ihr die Strukturen der Jusos erklärt, anbietet gemeinsam zu Treffen zu gehen und ihr bei Problemen oder Fragen zur Seite steht.

330

Frauen* sind in unserem Verband noch immer unterrepräsentiert. Die Erfahrung zeigt, dass viele Interessierte sich einmalig die Treffen der Jusos anschauen, bei Studienbeginn oder anderen Gelegenheiten, dann jedoch nicht wiederkehren. Bedeutend für die Entscheidung sich langfristig zu engagieren ist, ob man Menschen in dem Verband kennt und direkte Ansprechpartner*innen hat. Um mehr Frauen als Neumitglieder zu gewinnen, wollen wir ihnen den Einstieg durch ein Pat*innen-Programm erleichtern und ihnen somit eine Hilfestellung bieten.

335

340

In der SPD sind 32% der Mitglieder Frauen* und 68% Männer*. Der Landesverband MV liegt mit 31% Frauen* etwa im Bundesdurchschnitt (Gleichstellungsbericht 2015 der ASF). Wir haben den Anspruch als Jusos ein feministischer Richtungsverband zu sein und die SPD in diesen Fragen voranzutreiben. Die Jusos stellen jedoch einen überraschend schwachen Rekrutierungsweg da. Nur 16% der jungen Frauen sind über die Jusos zur SPD gekommen. Derzeit gewinnt unsere Partei viele Neumitglieder. In den ersten fünf Wochen nach dem Antritt

345

von Martin Schulz als Kanzlerkandidat der SPD sind 10 000 Mitglieder beigetreten. 40 Prozent der neuen Genoss*innen sind jünger als 35 Jahre, also Mitglied der Jusos. Die vielen Neumitglieder sind eine große Chance, die neuen Frauen* in unseren Verband sofort einzu-
350 binden. Da Mitgliedschaft nicht gleichzusetzen ist mit politischem Engagement, müssen wir den Frauen erleichtern von einem Klick auf der SPD/Jusos Seite zur Tat zu schreiten. Für viele Frauen* ist es schwer, das erste Mal alleine auf eine Ortsvereinssitzung oder Jusositzung zu gehen, ohne eine Person zu kennen - besonders wenn die Überzahl der Anwesenden männlich ist. Deshalb muss mit einer Neumitgliedschaft ein direkter Kontakt zu einem akti-
355 ven Mitglied hergestellt werden. Dies integriert das Mitglied in bestehende Netzwerke und hilft dabei, sich in den bestehenden Strukturen zurecht zu finden. Das Pat*innenprogramm soll folgende Elemente enthalten:

• Die Rolle der Pat*in soll vorzugsweise mit einer Frau* besetzt werden. Findet sich keine, soll
360 ein Mann diese Rolle übernehmen.

• Das Angebot einer Pat*in soll bereits vor der Neumitgliedschaft greifen. Bei Interessensbe-
kundung einer Frau* wird dieser ein Kontakt angeboten.

365 • In der Bestätigungsmail der Juso- Mitgliedschaft soll ein*e Pat*in angeboten werden.

• Die*Der Pat*in steht bei Fragen zur Struktur, zu Abkürzungen und Traditionen in den ersten
Sitzungen zur Verfügung.

370 • Gleich zu Beginn sollte sich die*der Pat*in nach den Interessen und Fähigkeiten des Neu-
mitglieds erkundigen, sodass dieses in passenden Arbeitsgemeinschaften und Projektpla-
nungen berücksichtigt werden kann.

• Besondere Bindungskraft hat außerdem der gemeinsame Besuch von Veranstaltungen, z.B.
375 Seminarwochenenden. Die*Der Pat*in sollte das Neumitglied motivieren diese zu besuchen
oder das Neumitglied mitnehmen.

• Außerdem besitzen Freizeitaktionen, die vor oder nach einer Sitzung stattfinden eine hohe Bindungskraft. Hierüber sollte das Neumitglied frühzeitig informiert werden, sodass sie dies einplanen kann. Die*Der Pat *in sollte das Neumitglied hierzu auch einladen und sie begleiten.

B3

Gesunde und nachhaltige Seminare und Konferenzen

angenommen

Die Landeskongress der Jusos möge beschließen:

Auf Seminaren der Jusos und der Landeskongress wird fortan nach Möglichkeit nur noch vegetarische und vegane Verpflegung angeboten. Sollte es für einzelne Menschen aus religiösen, kulturellen, medizinischen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, für die Dauer der Veranstaltung darauf zu verzichten, Fleisch zu essen, muss dies natürlich weiterhin möglich sein.

Darüber hinaus verpflichten wir Jusos M-V uns, ein politisches Bildungsangebot zum Thema ökologisches Leben anzubieten.

B4

Beschlusslagen transparenter gestalten

angenommen

Die Landeskongress der Jusos möge beschließen:

Der Jusos-Landesvorstand wird beauftragt, im Zuge der geplanten Aktualisierung unserer Homepage auch unsere Beschlusslagen der letzten Jahre zum Abruf bereit zu stellen. Dabei soll sich die Verfügbarkeit nicht nur auf die Download-Möglichkeit der Beschlussbücher beschränken (derzeitige Umsetzung), sondern in einer Datenbankstruktur mit Recherchemöglichkeit und Freitextsuche umgesetzt werden.

410 **Anträge D: Anträge im Bereich „Arbeit, Wirtschaft, Soziales und Gleichberechtigung“**

D1	Unser Feminismus
<input type="checkbox"/> angenommen	

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

415 Wir leben auch heute immer noch in einer Gesellschaft, die geprägt ist von einer Ungleichheit zwischen Männern* und Frauen*. Dies durchzieht ganz unterschiedliche Lebensbereiche: Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, struktureller Sexismus z.B. an Universitäten, sexistische Werbung oder auch traditionelle Rollen- und Familienbilder.

420 Sexistische Werbung durchzieht unseren gesamten Alltag. Frauen* werden auf ihr Geschlecht und ihre Reproduktionsrolle reduziert und somit als Objekt der Begierde dargestellt. Häufig wird die abgebildete Person als käuflich dargestellt - so wie das Produkt.

425 Als feministischer Richtungsverband legen wir einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Benachteiligung von Frauen*. Aus diesem Grund müssen wir Jusos endlich noch mehr Verantwortung übernehmen und diese Ungleichheit klar und deutlich benennen und letztendlich alles dafür tun, um diese zu bekämpfen! Dies gilt sowohl für die Benachteiligung in der Gesellschaft, als auch in der SPD und bei den Jusos.

430 Deshalb fordern wir:

- Eine Ausweitung der Geschlechterquote auf Unternehmen, Universitäten und den öffentlichen Dienst.

435 - Unternehmen: Derzeit sind 3500 mittelgroße Unternehmen, die entweder börsennotiert
oder mitbestimmt sind, dazu verpflichtet sich eigene Zielvorgaben für Vorstand, Aufsichts-
rat und Managementebene zu setzen. Wenn sie dies nicht tun, oder sich Unternehmen die
Zielvorgabe „0 Frauen in Führungspositionen“ setzen, wie es einige getan haben, drohen
keinerlei Sanktionen. Wir fordern auch für diese Posten eine verbindliche Frauenquote von
440 30 Prozent, wie sie derzeit bereits für Aufsichtsräte von Unternehmen gilt, die börsennotiert
sind und der paritätischen Mitbestimmung unterliegen. Bei Nichterreichen sollen Sanktio-
nen greifen.

- Universitäten: Wir fordern eine leistungsabhängige, verbindliche und flexible Zielquote.
445 Die Bezugsgröße der Zielquote ist das Geschlechterverhältnis in der jeweils niedrigeren Qua-
lifikationsstufe (Kaskadenmodell). Die Quote muss außerdem verbindlich sein. Erfolg oder
Misserfolg beim Erreichen der Quote wird durch Sanktionen oder Anreizsysteme belohnt
oder bestraft.

450 - Öffentlicher Dienst: In der Verwaltung ist es nicht ausreichend für die einzelnen Führungs-
ebenen unverbindliche Zielquoten festzulegen. Auch hier brauchen wir Verbindlichkeit und
Konsequenzen bei Missachtung der Vorgaben.

-Das Verbot jeglicher Art von sexistischer Werbung

455 -Wir möchten ein Bewusstsein für Feminismus schaffen, denn Feminismus geht nicht nur
Frauen* etwas an, sondern alle! Vor allem müssen die Menschen*, die mehr Verantwortung
in unserem Verband übernehmen, dieses Thema progressiver behandeln und öffentlich an-
sprechen

460 -Frauen*empowerment muss ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit sein. Frauen* müssen
in ihrer Arbeit explizit gestärkt und motiviert werden und sie müssen Unterstützung erhal-
ten, um höhere Positionen erreichen zu können und verantwortungsvolle Aufgaben über-
nehmen zu können.

465

-Frauen*förderung nimmt eine weitere Schlüsselposition im Kampf gegen das Patriarchat ein. Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche* überwinden. Diesem Grundsatz folgen wir auf unserem Weg zum demokratischen Sozialismus!

470

-Awareness Teams bei jeglichen Veranstaltungen und bis in die untersten Verbandsstrukturen. Diese sollen nicht nur auf jegliche Art von Sexismus aufmerksam machen, sondern auch als Ansprechpartner*innen dienen.

475

-Bei unseren Seminaren und Sitzungen müssen wir uns dazu verpflichten, auf einen lilafarbenen Faden zu achten. Bei jeglichen Themen gibt es stets eine feministische Sichtweise bzw. Komponente und genau diese gilt es zu thematisieren!

480

Um all unsere Ziele zu verwirklichen, besteht der erste Schritt jedoch darin, die Gesellschaft für dieses Thema zu sensibilisieren! Wir müssen zunächst das Bewusstsein dafür schaffen, denn ansonsten können wir all unsere Forderungen nicht in der Gesellschaft umsetzen

D2

11 Thesen über Wirtschaftswachstum

angenommen

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

485

1. Ständiges Wirtschaftswachstum ist eine Grundfunktion kapitalistischer Produktionsweise.

490

2. Für die nachhaltige Sicherung menschlicher Zivilisation ist ein auf Wirtschaftswachstum fokussiertes Wirtschaftssystem, wie das derzeitige, keine Option.

3. Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch stehen in direktem Zusammenhang. Mehr Wirtschaftswachstum führt zu mehr Ressourcenverbrauch.

- 495 4. Unbegrenzt wirtschaftliches Wachstum findet seine ökologischen Grenzen in den begrenzten Ressourcen der Erde.
5. Wirtschaftswachstum führt zu Kapitalakkumulation durch die Eigentümer wirtschaftlicher Produktionsmittel und damit zu steigender Kapitalkonzentration auf Seiten
500 der Besitzenden.
6. Unbegrenzt wirtschaftliches Wachstum findet seine sozialen Grenzen in den gesellschaftlichen Verwerfungen, die aus stetig steigender Kapitalkonzentration erwachsen.
- 505 7. Steigende Kapitalkonzentrationen führen zu steigenden Investitionen. Diese führen zu steigendem Zinsdruck und damit zu einem steigendem Absatzdruck seitens der Unternehmen.
8. Unbegrenzt wirtschaftliches Wachstum findet seine wirtschaftlichen Grenzen in
510 der aus dem ständig steigendem Absatzdruck erwachsenen Verschuldung der Konsument*innen.
9. So wie wachstumsorientierte Wirtschaftssysteme nicht in der Lage sind die reproduktiven Kräfte der Natur als Wert abzubilden, so wenig wird Reproduktionsarbeit
515 durch diese abgebildet werden können.
10. Durch die ungleiche Verteilung von Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern führt ein auf Wirtschaftswachstum basierendes Wirtschaftssystem zu einer Benachteiligung von Frauen im wirtschaftlichen Alltag.
520
11. Der erste Schritt zur Abkehr von der Wachstumsfokussierung ist die Schaffung neuer Instrumente zur Messung wirtschaftlichen Erfolgs abseits des BIPs.

D3

Stellung der Rechte von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten stärken

angenommen

525

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

530

Der Landesvorstand der Jusos Mecklenburg-Vorpommern wird beauftragt, zusammen mit anderen Arbeitsgemeinschaften auf Gewerkschaften und Gewerkschaftsjugendorganisationen zuzugehen, mit dem Ziel, gemeinsam Positionen und Vorschläge zu erarbeiten, die die Stellung und die Rechte von Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten stärken.

Die Ergebnisse sind als Antrag auf dem Landesparteitag einzureichen.

Anträge E: Anträge im Bereich „Europa und Internationales“

535

E1

Mehr Europa

angenommen

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

540

1. Antieuropäische Bewegungen, nationalistische Parteien und die generelle fehlende Akzeptanz gegenüber der Europäischen Union sind immer größer werdende Erscheinungen. Die Ursache ist vielerorts die nicht ausreichende Aufklärung, die anhaltende Austeritätspolitik und die Angst vor einer unbekanntem Zukunft. Diese Ursachen sind ein Fundament vieler Rechten, welche Stimmung gegen Europa machen.

545

Europa sollte aber das Gegenteil sein. Europa sollte für Frieden, für Weltoffenheit, für Solidarität und für mehr Demokratie stehen. Aus diesem Grund fordern wir ein Europa, wie es die SPD bereits seit 1925 tut.

550

Wir wollen das vereinigte Europa! Wir wollen den europäischen Bundesstaat!

Wir fordern die Schaffung eines Europaparlamentes, welches in seinen Rechten erweitert wird. Daher bedarf es der Übertragung sämtlicher Legislativ-, Budget- und Initiativrechte. Nebenher muss die finanzielle Ausstattung der Parlamentarier erhöht werden, damit diese eine angemessene und bessere Aufklärung im vertretenden Gebiet gewährleisten können.
555 Ferner garantiert dies einen besserer Bürger*innenkontakt vorort, sowie eine nachhaltige Bewusstseins-schaffung von Europa bzgl. eines verbesserten Informationsangebotes.

Der Europäische Rat und der Rat der Europäischen Union werden zusammengelegt und ähnlich wie der Bundesrat auf Bundesebene zu einer zweiten Kammer neben dem Parlament
560 umgestaltet. Es erhält daher auch Mitbestimmungsrechte bzw. bekommt Zustimmungsrechte.

Die Europäische Kommission wird vollkommen umfunktioniert. Sie soll in Zukunft eine vom Parlament gewählte und kontrollierte Regierung mit Initiativrecht sein. Diese neu geschaf-
565 fene Regierung soll einer von den europäischen Mitgliedsstaaten entworfenen und verabschiedeten Verfassung unterliegen und nur dieser verpflichtet sein.

Der europäische Gerichtshof muss einem europäischen Bundesstaat angepasst und somit personell ausgebaut werden.

570 Damit ein europäischer Bundesstaat gegründet werden kann, bedarf es neben einer funktionierenden Staatsgewalt, -regierung und Verfassung auch Staatsbürger*innen. Daher fordern wir die europäische Staatsbürgerschaft, welche nur die Abschaffung der einzelnen nationalen Staatsbürgerschaften erreicht werden kann.

575 Das aktive und passive Wahlrecht zur freien und geheimen Wahl des Parlamentes erhalten alle Europäerinnen und Europäer vorerst ab 16 Jahren. Das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren soll hierbei erst einmal nur der erste Schritt zur Abschaffung willkürlicher Altersgrenzen sein. Darüber hinaus fordern wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit einheitlichen Pro-
580 zenthürden. Ferner bedarf es auch eines europäischen Parteiengesetzes, um europäische Standards zu entwerfen und zu verhindern, dass verfassungsrechtliche Organisatio-

nen/Parteien zur Wahl antreten und/oder diese von öffentlichen Finanzierungen profitieren können.

585 Europa soll keine Union aus vielen verschiedenen Nationalstaaten sein. Es kann und soll eine Union zur Überwindung der Nationalstaaten sein. Ein Europa, wie wir es uns vorstellen, kann daher nur offen, föderal und einheitlich sein.

2. Oftmals scheitert der Gedanken der „Vereinigten Staaten von Europa“ an der Ideenlosigkeit der gesetzlichen Kompetenzverteilungen. Der Gedanke, welche Gesetze in Europa und welche in neu zu schaffenden Regionen zu bestimmen sind, eint sich eher in der Uneinigkeit- aber v.a. auch Ideenlosigkeit der Akteure. Daher werden wir im Rahmen unserer politischen Bildungsarbeit uns bis zur nächsten Landeskonzferenz verstärkt mit der Frage der gesetzgebenden Kompetenzen beschäftigen und ein Modell der Kompetenzverteilung entwerfen. Dies wollen wir zusammen mit unseren internationalen Partnern tun, unseren politischen Vertreter*innen und Brüssel und unseren Dachorganisationen YES und IUSY realisieren.

590

595

Anträge F: Anträge im Bereich „Landespolitik“

F1

Keine Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen

angenommen

600

Die Landeskonzferenz der Jusos M-V möge beschließen:

1. Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich gegen eine befristete oder dauerhafte Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen aus.
 2. Der Landesvorstand der Jusos Mecklenburg-Vorpommern wird beauftragt, diese Position in die SPD zu tragen und dort eine breite inhaltliche Debatte hierzu anzuregen.
- 605

F2

Abschaffung der Vorrangprüfung nach Beschäftigungsverordnung

angenommen

610

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

615

In den vorangegangenen Jahren kam es insbesondere aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen zu umfangreichen Änderungen im Asyl- und Ausländerrecht. Dabei sollte im Anschluss an die „Asylpakete“ durch das Integrationsgesetz vorgeblich auch die Integration in die deutsche Gesellschaft gefördert werden. Diese Zielsetzung erreichen das Änderungspaket und seine Umsetzung jedoch nur bedingt. Für Mecklenburg-Vorpommern ist speziell die nicht erfolgte Aussetzung der Vorrangprüfung für den Arbeitsmarktzugang geduldeter oder mit einer Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet lebender Personen zu kritisieren.

620

Der Juso-Landesvorstand wird daher gebeten, sich:

625

1. aktiv für die Aufnahme aller Agenturbezirke der Bundesagentur für Arbeit Mecklenburg-Vorpommerns in die Anlage zu § 32 der Beschäftigungsverordnung (BeschV)
2. und (auch weiterhin) für die Abschaffung der Vorrangprüfung für den Zugang zum Arbeitsmarkt für Personen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung gemäß § 32 Beschäftigungsverordnung einzusetzen.

630

G1

Wahlrecht ab 16 ist nur der Anfang

angenommen

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

1. Die Jusos M-V setzen sich mit der SPD M-V für eine möglichst schnelle und

635 flächendeckende Einführung des Wahlrechtes ab 16 Jahren ein. Zu diesem Zweck werden die Jusos M-V zusammen mit der SPD M-V im Vorlauf zur Volksbefragung über die Einführung des Wahlalters 16 Jahre bei Landtagswahlen in M-V eine groß angelegte Werbekampagne planen und durchführen.

640 2. Darüber hinaus setzen wir Jusos Mecklenburg – Vorpommern uns mit der Frage der generellen Wahlberechtigung auseinander, um zu prüfen, was notwendig wäre, um weitere Hürden der Wahlberechtigung abzusenken.

G2	Stärkung der Rentenkassen durch Schaffung einer Bruttowertschöpfungsabgabe
<input type="checkbox"/> angenommen	

645 **Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:**

Das gesetzliche Rentensystem in der Bundesrepublik Deutschland soll durch die Einführung einer Bruttowertschöpfungsabgabe ergänzt werden.

650 Die Einnahmen aus der Bruttowertschöpfungsabgabe sollen als zusätzlicher bzw. als die Beitragsfinanzierung teils ersetzender Arbeitgeberanteil in die Rentenkassen fließen und so die Finanzbasis der Kassen verbreitern und zukunftsfest machen.

655

660

Anträge H: Anträge im Bereich „Sonstiges“

angenommen

665 **Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:**

Wir - Für eine offene Gesellschaft

670 Wenn wir in der heutigen Zeit über Asylpolitik oder auch über den klaren Kampf gegen rechte Strukturen sprechen, fällt oft der Begriff der "offenen Gesellschaft". Doch hierzu müssen wir uns zunächst einmal klarmachen, was wir als Sozialdemokrat*innen unter diesem Begriff verstehen, was dieser Begriff beinhalten soll und für wen dieser Begriff gelten soll bzw. überhaupt erst darf.

675 Eine offene Gesellschaft können wir nur erreichen, wenn Menschen für diese in form einer Demokratie eintreten. Und zwar aktiv, motiviert, entschieden aber auch überlegt. Eine offene Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die den Menschen die größtmögliche Lebenssicherheit bei gleichzeitiger größtmöglicher individueller Freiheit ermöglicht. Dies zu erreichen ist aber gleichzeitig auch ihre Aufgabe!

680

Im Mittelpunkt einer offenen Gesellschaft stehen nach unseren Vorstellungen die Menschen, die diese kreieren und gestalten. Somit steht für uns der intellektuelle Austausch dieser Menschen im Vordergrund. Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheiten sind grundlegende Bestandteile einer offenen Gesellschaft! Des Weiteren erkennen wir die Pressefreiheit als einen fundamentalen Bestandteil einer offenen Gesellschaft an und verurteilen jegliche Angriffe gegen Pressevertreter*innen. In einer offenen Gesellschaft muss jeder Mensch das Recht besitzen, seine Meinung frei zu äußern und die Presse muss das Recht haben unterschiedliche Meinungen-auch regierungskritische Meinungen-zu veröffentlichen und diese somit zur Debatte zu stellen. Aus diesen Gründen setzen wir uns für die herausragende Rolle des Journalismus ein! In diesem Zusammenhang können wir uns den Worten von Martin Schulz: "Es ist die Aufgabe einer freien Presse, die Macht zu hinterfragen und zu

685

690

kontrollieren. Übrigens auch die Aufgabe einer freien Presse, die kritisch zu bewerten, die nach der Macht greifen. (...) Und wenn das kritische Hinterfragen der eigenen Meinung durch Medien Lügenpresse sei, der legt die Axt an die Wurzeln der Demokratie. Ob er Präsident der Vereinigten Staaten ist oder ob er bei Pegida mit herumläuft..." nur anschließen! In letzter
695 Zeit wurde der Ruf der Vertreter*innen einer offenen Gesellschaft leider auf verschiedenste Arten und Weisen zu Unrecht beschädigt! Auch dagegen machen wir uns stark, denn alle Vertreter*innen einer offenen Gesellschaft sind zu unterstützen und vor allem zu schützen!

700 Die offene Gesellschaft muss das "Wir Gefühl" neu definieren. Es darf kein "Wir Gefühl" mehr existieren, das andere Menschen-in den meisten Fällen Minderheiten- ausschließt, sondern es muss ein "Wir Gefühl" entstehen, das ALLE Menschen integriert. Unabhängig der Nationalität, der sexuellen Orientierung, der Religion oder des äußeren Erscheinungsbildes! In diesem Zusammenhang nimmt die Toleranz anderen Menschen gegenüber eine Schlüs-
705 selposition ein, denn eine offene Gesellschaft lebt von der Meinung, dass nicht nur der eigene Standpunkt, die eigene Nationalität oder die eigene Religion die einzig Wahre ist. Nein, ganz im Gegenteil! Menschen in einer offenen Gesellschaft sind offen bzw. Tolerant anderen Menschen gegenüber und respektieren unterschiedliche Sicht- und Lebensweisen.

710 Eine offene Gesellschaft meint Weltoffenheit und offene Grenzen für alle Menschen, Informationen und Meinungen. Zu einer offenen Gesellschaft gehören für uns alle Menschen, die in diesem Land leben und nicht nur die Menschen, die hier geboren worden sind!

Wir Sozialdemokrat*innen beschäftigen uns schon seit längerer Zeit mit unterschiedlichen
715 Maßnahmen, um eine offene Gesellschaft zu gestalten. Hierzu gehören für uns folgende Punkte:

1) Unter einer offenen Gesellschaft verstehen wir, wie oben bereits erwähnt, eine Gesellschaft frei von Diskriminierung! Wir heißen alle Menschen willkommen, ganz unabhängig
720 von ihrer Herkunft oder ihrer Religion. Für uns darf die "deutsche Leitkultur" nicht im Mittelpunkt stehen, sondern die Weltoffenheit! Denn wir sind der Meinung, dass wir alle vonei-

inander lernen können und somit stellt jede Kultur für uns einen Mehrwert dar, den wir durch einen interkulturellen Austausch nutzen möchten!

725 2) Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle ein. Ganz egal aus welchen Länder Menschen zu uns kommen, sie haben ein Recht auf die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, in unserem Bildungssystem oder auch in jeglichen Freizeitaktivitäten! Es darf keine Diskriminierung mehr in diesen Bereichen geben! Chancengleichheit jetzt!

730

3) Auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht verschweigen, dass wir in Deutschland immer noch ein großes Problem mit Rassismus haben. Ganz egal, ob im persönlichen Gespräch, auf sozialen Plattformen oder im ländlichen kleinen Fußballverein. Wir müssen Rassismus gegenüber eine klare Kante zeigen, ihn ansprechen und ihn auf's Schärfste verurteilen und bekämpfen! Denn nur wenn wir Rassismus bekämpfen, kann unsere Einwanderungspolitik und Einwanderungsgesellschaft praktisch umgesetzt werden und somit eine offene Gesellschaft kreiert werden.

735

Lasst uns als bestes Beispiel vorgehen und unser Bild einer "Offenen Gesellschaft" in die Welt hinaustragen, verbreiten und vor allem aktiv leben!

740

Die Zivilgesellschaft

Eine offene Gesellschaft benötigt ein starkes tief verankertes ziviles Engagement. Besonders hervorzuheben sind dabei die Rücksicht, Beachtung und Fürsorge für die Einkommensschwächeren. Nur wenn die Menschen in unserer Gesellschaft mit anderen partizipieren und sich engagieren, können wir uns als Gesellschaft weiterentwickeln.

745

Die Zivilgesellschaft zeichnet sich durch ihre verschiedenen Aufgabenbereiche aus, welche die Menschen wahrnehmen müssen, um den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft zu festigen und zu gewährleisten. Jedoch ist die Zivilgesellschaft nicht statisch, sondern ein sich dynamisch entwickelndes System. Dabei steht die Fortentwicklung der politisch-

750

gesellschaftlichen Grundordnung im Vordergrund. Sprechen wir vom zivilen Engagement so sprechen wir von demokratischer Teilhabe an der Basis, welche sich durch die Eigeninitiative und Selbstorganisation besonders außerhalb von staatlichen Initiativen auszeichnet.

Doch woran erkennen wir, ob wir eine starke Zivilgesellschaft sind? Eine hohe Anzahl von aktiven Beteiligten in der Gesellschaft reicht für eine starke Demokratie nicht aus. Die einzelnen Akteure und Organisationen müssen auch zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Meist treffen sich in den Organisationen Menschen mit starken Gemeinsamkeiten wie z.B. politisches Interesse, Klassenstandpunkt, Religion usw..

Dadurch entstehen zwischen den einzelnen Organisationen Konfliktlinien, welche überwunden werden müssen. Wenn die Organisationen die gesellschaftliche Gesamtheit abbilden, dann können Akteure und Organisationen ein friedliches Nebeneinander bewirken. Aber nur weil es Organisationen und Akteure gibt, heißt dies nicht, dass diese unsere Gesellschaft stärken. Wichtig bei dem zivilen Engagement ist die kritische Betrachtung sozialer Missstände und politischer Fehlentwicklungen. Ohne dieses Verständnis ist jedes Engagement eine Akzeptierung und Abfindung mit den bestehenden Problemen.

Vor dem Hintergrund der Privatisierung und Entfallen öffentlicher Aufgaben beginnt die Bedeutung der Zivilgesellschaft wieder zuzunehmen. Da nicht mehr jede öffentliche Aufgabe Sache des Staates ist und die kommunalen Kassen nur sehr knapp gefüllt sind, findet die Zivilgesellschaft neue Aufgaben, welche wir für ein funktionierendes Gemeinwesen benötigen. Darunter zählen nicht nur die Reinhaltung der Natur, sondern auch die Umsorgung hilfsbedürftiger Menschen.

Auch ein wichtiger Aspekt der Zivilgesellschaft ist jener, welcher gegen die Kräfte, welche sie bedrohen, entgegenzutreten. Hierbei ist die Demonstrationskultur ein wichtiger Faktor, welche in der heutigen Gesellschaft noch einer Sensibilisierung bedarf. Für uns Sozialdemokrat*innen ist das Eintreten gegen Anti-Demokratische-Kräfte ein wichtiges Merkmal unserer Identität. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass demokratisches Engagement z.B. durch Sitzblockaden gegen Naziaufmärsche nicht kriminalisiert werden. Auch wichtig ist die konsequente Dokumentierung von Straftaten während einer Demonstration. Aus der langen

785 Geschichte der Sozialdemokratie haben wir gelernt, dass demokratisches Engagement in einer geordneten Demonstrationskultur eines der wichtigsten Mittel der Demokratie ist.

Aufrecht gegen Rechts

790 Das Einstehen für eine humanistisch (welt)offene Gesellschaft ist eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie. Sie zu verteidigen ihre Pflicht. Aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass wir Sozialdemokrat*innen Mecklenburg - Vorpommerns erkennen, dass das Problem und die Gefahr einer solchen Gesellschaft auf der rechten Seite liegt. Schon seit mehreren Jahren torpedieren Rechtsradikale, Rechtspopulisten und sogenannte freie Rechte mal offen, mal unterschwellig unsere demokratischen und humanistischen Werte. Parlamentarisch, 795 wie auch außerparlamentarisch versuchen sie sich dabei Gehör zu verschaffen. Die Antwort der Sozialdemokratie war und sollte gegen jene Versuche stets nur eine sein: Widerstand! Wir Sozialdemokrat*innen sind ein Teil der offenen Gesellschaft, wir werden sie politisch verteidigen und wir werden auf allen Ebenen von Europa bis in die Gemeinde klare Kante zeigen. Unser Motto seit 1863 ist dabei: Aufrecht gegen Rechts!

800

Mehr demokratische Strukturen gegen Rechts

Unstrittig ist, dass Parteien und Organisationen wie die AfD, NPD und das Spektrum der Neuen Rechten demokratiegefährdend sind und ein Gegenpol der offenen Gesellschaft darstellen. In Teilen sind die Parteimitglieder jenes Spektrums und Aktivisten Neonazis. Dies zu 805 benennen muss klar sein. Was uns Sozialdemokrat*innen aber auch klar sein muss ist, dass nicht jede Person, welche jene Strömungen an der Urne durch eine Stimme unterstützt, automatisch ein Neonazi ist, oder als solcher abgestempelt werden sollte. Die Motivationen jene Parteien zu wählen könnten nicht unterschiedlicher sein. Vom überzeugten Neonazi bis 810 hin zur*zum sogenannten Protestwähler*in ist alles dabei. Dabei müssen wir aber verstehen und uns verdeutlichen, dass ein großer Teil der Wähler*innen im Grunde aus einem alten sozialdemokratischen Wählerklientel kommt, dann Nichtwähler*in wurden und nun nationale Parteien wählen. Weniger aus Überzeugung, aber mehr aus Protest und Enttäuschung. Diverse Umfragen zeigten, dass lediglich ein kleiner Teil der Wähler*innen der AfD tatsäch-

815 lich auch von ihren Inhalten überzeugt ist. Der Rest wählt sie aus Protest, aus Enttäuschung
oder aus einem aktuellen Moment heraus. Um jene Personen, welche eigentlich aus einem
ehemaligen sozialdemokratischen Milieu kommen und um jene, welche sie aus Enttäu-
schung ggü. der demokratischen Parteien wählen, müssen wir streiten. Wer jene Wähler*innen als Neonazis abstempelt hat nichts verstanden, treibt sie erst recht in jenes Spek-
820 trum und schadet letztlich der Demokratie und der Zivilgesellschaft. Unsere Antwort zur Mo-
bilisierung alter sozialdemokratischer Milieus und der Nichtwähler*innen kann daher nur
eine soziale und gerechte Politik für alle Menschen im Land sein. Diese zu betreiben und vor
allem klar zu formulieren ist unsere Pflicht. Wir müssen wieder Angebote schaffen, welche in
strukturschwachen Regionen längst verschwanden. Wir brauchen die Sozialarbeiter*innen,
825 die Jugendclubs im Dorf, die ehrenamtlichen Strukturen für Demokratie und Zivilgesell-
schaft, und wir brauchen sichtbare demokratische Strukturen von Jung bis Alt. Nur so kön-
nen wir den braunen Sumpf nachhaltig trocken legen und dafür sorgen, dass die Rechten in
Zukunft weniger Stimmen bekommen.

830 *Rechtsextremismus und Rechtspopulismus*

Um eben jenen braunen Sumpf trocken zu legen, müssen wir aber erst einmal verstehen,
welche Strömungen es auf der rechten Seite gibt, wer sie sind und was sie antreibt. Außer-
dem müssen uns die Trennlinien zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus klar
835 sein. Schon seit den 70ern wird von den Ermittlungsbehörden und in der Wissenschaft der
Begriff des Rechtsextremismus verwendet und löste somit den Terminus des Rechtsradika-
lismus weitestgehend ab. Der entscheidende Unterschied zwischen beiden war im Grunde
die hohe Gewaltaffinität und ablehnende Haltung gegenüber der Demokratie der Rechtsext-
remen. Der Rechtsextremismus speist sich aus den widerwärtigsten Teilen der gruppenbe-
840 zogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) und äußert sich v.a. in den Bereichen der Fremden-
feindlichkeit. Wir Sozialdemokrat*innen können bei aller Meinungsfreiheit in diesem Land
jene Meinung weder tolerieren, noch überhaupt als Meinung anerkennen. Wir Sozialdemo-
krat*innen sagen ganz klar: Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Laut di-
verser Studien haben ca. 20% der Bevölkerung ein in sich geschlossenes rechtsextremes
845 Weltbild. Diese höchst alarmierenden Zahlen nehmen wir zum Anlass, um vermehrt frühe

Demokratiebildung und Aufklärungsarbeit in den jüngsten Jahren unserer gesellschaftlichen Mitglieder zu betreiben. Nur wer die Wurzeln der Menschenverachtung erkennt, kann sie auch beseitigen. Ein großer Garant hierfür ist eine gute Bildungspolitik, welche Vorurteile beseitigt und auf kulturellen Austausch basiert.

850

Neben den Rechtsextremen macht sich nahezu weltweit der Rechtspopulismus breit. Wir müssen anerkennen, dass aus allen politischen Lagern Menschen den alternativen Fakten der AfD auf den Leim gegangen sind. Sie scheuen nicht vor Lügen, Diffamierungen, persönlichen Attacken und in Teilen nicht einmal vor Gewalt. Die Rechtspopulisten haben es verstanden vermeintliche Sicherheitsbedenken und Ängste für sich zu definieren, um so den Leuten noch mehr Angst zu machen. Doch im Grunde leben wir in den sichersten Zeiten seit dem zweiten Weltkrieg. Kriminalität und Sicherheitsbedenken sind keine Fragen der Einwanderungs- und Asylpolitik, sondern sie waren, sind und werden immer Fragen der sozialen Gerechtigkeit sein. Die SPD muss ihr altes Wählerklientel, die Enttäuschten und die Protestwähler*innen zurückgewinnen. Dies tut die SPD durch eine klare Antwort auf aktuelle Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Die SPD ist die einzige Alternative in Deutschland und genau dies müssen wir den Menschen verständlich rüberbringen. Nur mit der SPD kann der Nährboden des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus erfolgreich bekämpft und die Lebensrealität aller Menschen verbessert werden. Die Frage, zur Lösung des Problems mit dem steigenden Rechtspopulismus, kann daher nur mit einer klaren Vision zur sozialen Gerechtigkeit für alle Menschen beantwortet werden. Wir Sozialdemokrat*innen müssen die Gesellschaft zusammenhalten. Konkret bedeutet dies, dass wir neben der klaren Kante auch Menschen unterstützen, welche sich jeden Tag für Demokratie und gegen Rechts einsetzen. Wir benötigen die vielen Freizeitanbieter*innen der Demokrat*innen in den Städten und in der Fläche. All dies kostet Geld und wir Sozialdemokrat*innen in Mecklenburg-Vorpommern wollen alle Möglichkeiten prüfen und ausschöpfen, um eben jene nicht nur personell, sondern auch finanziell zu unterstützen. Der Kampf gegen Rechts beginnt eben schon im Jugendclub in der Fläche.

875 *Präventive Arbeit gegen Rechts*

Wir Sozialdemokrat*innen Mecklenburg-Vorpommerns unterstützen bereits die Kampagne „Wir - Erfolg braucht Vielfalt“. Die präventive Arbeit hat aber auch noch viele andere Möglichkeiten, um erfolgreich gegen Rechts zu arbeiten. Als Grenzregion sollten wir jene Akteure unterstützen und das Angebot ausbauen, welches sich auf den kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Polen spezialisiert. Unsere Kinder sollen bereits früh in interkulturellen Kontakt treten, damit Vorurteile erst gar nicht wachsen können. Überall dort, wo sich die Zivilgesellschaft zurückzieht, finden die Rechten ihren Nährboden. Sie gründen Jugendclubs, unterwandern Vereine und Organisationen und bieten vermeintlich unpolitische Aktivitäten an. All dies unter ihrem perfiden Deckmantel der anti-demokratischen Haltung. Wir Demokrat*innen müssen daher alles daran setzen, um diese Machenschaften aufzudecken und ihnen das Handwerk zu legen. Wir benötigen Jugendclubs von Demokrat*innen. Wir benötigen einen ÖPNV, welcher Jugendliche zu Freizeitaktivitäten bringen kann. Wir benötigen früh die Demokratiebildung und auch die Möglichkeit sich einzubringen. Aus diesem Grund benötigen wir partizipative Möglichkeiten für Jung und Alt. Jugendbeiräte, Wahlen des Schülersprechers oder der Schülersprecherin und das häufigere Anhören von Jugendlichen bei Themen, die sie bewegen, wären dabei ein erster Schritt in die richtige und demokratische Richtung. Die SPD will daher eine Demokratie zum anfassen und erleben in der alle teilhaben können. Neben der Prävention in Form eines freizeitlich-demokratischen und bildungspolitischen Angebotes brauchen wir auch integrative Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt. Ein verbreiteter Grund sich den Rechten anzuschließen sind Zukunftsängste und Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund müssen wir alles dafür tun, um Möglichkeiten zu schaffen, dass alle Menschen einen guten Job mit einem guten Lohn bekommen. Hierbei müssen wir Hand in Hand mit den Gewerkschaften des Landes zusammenarbeiten, um die Unterwanderung der Betriebsräte in den Firmen Einhalt zu gebieten. Letztlich ist aber auch unsere eigene präventive Arbeit wichtig. Mit Endstation Rechts und Storch Heinar haben wir Sozialdemokrat*innen MVs bundesweit ein einzigartiges Programm auf die Beine gestellt, welches bereits vom europäischen Parlament ausgezeichnet worden ist. Aus diesem Grund müssen wir, die SPD MV, uns zu den beiden Projekten stets bekennen und sie personell, wie auch finanziell unterstützen. Denn Endstation Rechts und Storch Heinar haben einen Verdienst daran, dass die NPD aus dem Landtag flog und somit die Demokratie gestärkt wurde. Ebenso leisten sie in der

präventiven Arbeit an Schulen bei vielen jungen Leuten ein riesiges Stück Arbeit. Im Rahmen der anstehenden Bundestagswahl - und natürlich darüber hinaus - stehen wir hinter den Projekten, welche aus dem Ideenpool unserer eigenen Jugendorganisation stammen.

910

Für eine humane Asylpolitik

Wir Sozialdemokrat*innen in Mecklenburg-Vorpommern setzen uns für eine Asylpolitik ein, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Dazu gehört für uns vor allem, jeden Fall einzeln zu betrachten und keine Personen pauschal „abzufertigen“. Deshalb lehnen wir das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten ab und setzen uns dafür ein, dass der Asylgrund bei jedem Antragstellenden gleich umfassend und gewissenhaft geprüft wird, bevor eine Entscheidung über die Genehmigung des Antrags getroffen wird.

915

920 Wir finden es befremdlich, wenn sich das Land Mecklenburg-Vorpommern mit Stolz als das Land präsentiert, dass die prozentual meisten Abschiebungen ausführt. Für uns sind Abschiebungen keine Statistik, auf die man stolz sein kann. Für die Personen, die abgeschoben werden sollen ist diese Tatsache immer eine große Belastung, die für viele Menschen angesichts der Situation in ihren Heimatländern nicht nachvollziehbar ist. Wir nehmen uns deshalb das Bundesland Bremen als Vorbild, das bereits seit mehreren Jahren erfolgreich auf das Mittel der Abschiebung verzichtet.

925

Das Dublin-Abkommen halten wir Sozialdemokrat*innen in Mecklenburg-Vorpommern für hochgradig ungerecht und fordern die Abschaffung der Dublin-Regeln. Dass ein Asylantrag in dem Land gestellt werden muss, in dem die Europäische Union das erste Mal betreten wurde stellt eine große Belastung für die Länder mit EU-Außengrenzen, besonders den südlichen Ländern, wie Griechenland oder Italien dar und das Abkommen veranlasst die Geflüchteten dazu, bei ihrer Flucht keine offizielle Hilfe in Anspruch zu nehmen, weil sie befürchten müssen, registriert zu werden. Dies kann zu Situationen führen, in denen Menschen notwendige medizinische Hilfe nicht erhalten oder auf der offenen Straße schlafen müssen.

930

935

940 Anstatt einer ungerechten Regelung, wie dem Dublin-Abkommen brauchen wir vielmehr einen europäischen Verteilungsschlüssel, der alle Staaten innerhalb der Europäischen Union in die Pflicht nimmt und eine Verteilung gemäß der Größe und der wirtschaftlichen Möglichkeiten der einzelnen Länder berücksichtigt. Es ist für uns mit einer europäischen Wertegemeinschaft unvereinbar, dass Staaten in der EU gar keine Geflüchteten, nur eine verschwindend geringe Zahl oder nur Geflüchtete bestimmter Religionen aufnehmen wollen.

945 Damit die Menschen, die bei uns in Deutschland ankommen einen möglichst guten Start bei uns haben brauchen wir eine starke Willkommenskultur. Dazu gehört für uns zum einen eine verstärkte Zusammenarbeit der Landesregierung mit ehrenamtlichen Aktiven und Organisationen und eine verstärkte Aufklärungsarbeit vor Ort. Zum anderen verbesserte Integrationsangebote für die Geflüchteten, damit sie unsere Sprache lernen können, um im gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können und ein breites Angebot von weiteren Integrationsmaßnahmen, denn nur Integration sorgt für ein gutes Zusammenleben zwischen allen Menschen, ob schon lange oder immer hier oder neu angekommen

950

H2

Der demokratische Sozialismus ist die Antwort auf die neue Rechte

angenommen

955

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

960 Seit jeher ist der demokratische Sozialismus aufbauend auf der Grundwertetrias von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unsere konkrete Utopie. Er dient damit als zentrale Handlungsmaxime des politischen Alltags, als Grundannahme unserer Programmatik und als Vision, deren Verwirklichung wir nie aus den Augen verlieren dürfen.

965 Der demokratische Sozialismus und die jungsozialistische Bewegung sind durch eine mehr als hundertjährige Geschichte miteinander verwoben und nicht voneinander zu trennen. Offenkundig gilt: Die jungsozialistische Bewegung ist die Bewegung des demokratischen Sozialismus.

Im Zuge dieser gemeinsamen Geschichte wurde es an Momenten der Zeitenwende und intensiver Generationenübergänge immer wieder notwendig, die Zusammengehörigkeit dieser beiden Elemente neu zu bekräftigen. Im Zuge der zeitgeschichtlichen Entwicklungen, die wir am Ende des 2. Jahrzehntes des 21. Jahrhunderts beobachten dürfen, soll dieser Antrag einer solchen Neubekräftigung dienen.

Wir erleben weltweit und für uns besonders spürbar in der westlichen Welt ein erstarken nationalistischer, faschistoider, autoritärer, und menschenverachtenden Ideologien und können gleichzeitig beobachten wie die klassischen liberalen Kräfte der „demokratischen Mitte“ nicht in der Lage sind diesem emporkommen schon vergessen geglaubter Kräfte etwas Nachhaltiges entgegenzusetzen.

Es war das neoliberale Dogma des ungebändigten Kapitalismus, das zu jenen gesellschaftlichen Verwerfungen geführt hat, derer sich die neuen rechten Kräfte jetzt bedienen, um die offene Gesellschaft zu attackieren.

In Zeiten des neoliberalen Mainstreams ist die Idee des demokratischen Sozialismus in die Defensive geraten und so konnte nicht verhindert werden, was hätte verhindert werden müssen: Sozialabbau, die fortsetzende Spaltung der Gesellschaft in viele Arme und wenige Reiche und die damit einhergehende Destabilisierung der demokratischen Gesellschaft.

Heute scheint es so als sei das Dogma des Neoliberalismus im Abklingen. Großen Teilen in Politik und Bevölkerung scheinen die unsäglichen Fehlentwicklungen, die diese Wirtschaftsreligion mit sich bringt, bewusst zu werden.

In dieser Situation haben die neuen Rechten begonnen, sich selbst ihrem Wortgebrauch nach vom Neoliberalismus abzugrenzen. Sie tun dies ohne dabei tatsächlich progressive wirtschaftspolitische Programmatik zu vertreten. Im Gegenteil handelt es sich bei der vermeintlichen Kritik des Neoliberalismus von rechts, um einen Angriff auf die positiven Errungenschaften des Liberalismus. Es ist die offene Gesellschaft, die von der neuen Rechten attackiert wird. Der Schutz von Minderheiten, die Gleichstellung der Geschlechter, die Internationalisierung der Gesellschaft oder, zusammenfassend gesagt, sind ihnen alle Fortschritte sozialliberaler Gesellschaftspolitik ein Dorn im Auge. Die neue Rechte betreibt in diesem Zusammenhang eine gefährliche Wortumdeutung:

Sie gibt dem Neoliberalismus die Schuld an den sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft. Im selben Atemzug definiert sie jedoch Neoliberalismus als freiheitliche und offene Gesellschaftspolitik.

1000

Es ist unsere Aufgabe dem etwas entgegenzusetzen. Wir brauchen eine Antwort, die die sozialen Verwerfungen unserer Gesellschaft an ihrer Wurzel packt und gleichzeitig die Errungenschaften der offenen Gesellschaft verteidigt. Diese Antwort besitzen wir bereits.

Sie ist der demokratische Sozialismus!

1005

Leider müssen wir beobachten, dass in unserem Verband zunehmend das grundsätzliche Verständnis für Grund, Bedeutung und Zweck des demokratischen Sozialismus als zentrale Idee der Jusos verloren geht. Dies liegt zum einen an der mangelnden Auseinandersetzung breiter Verbandsteile mit diesem Thema und zum anderen an gezielten und regelmäßigen

1010

Versuchen unser Verständnis als demokratische Sozialist*innen zu untergraben.

Diese Versuche weisen wir als untauglich zurück. Wir bekennen uns zur Idee des demokratischen Sozialismus.

Der Landesvorstand wird beauftragt einen Bildungsplan zu entwickeln und durchzuführen, durch welchen die Auseinandersetzung mit den Grundideen des demokratischen

1015

Sozialismus in der Breite des Verbandes gewährleistet werden soll.

H3

Standardisierte praktische Führerscheinprüfung

angenommen

1020

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf sich dafür einzusetzen, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern sich finanziell an den Kosten für den Führerschein beteiligt. Der Besitz

1025 eines Führerscheins und eines eigenen Fahrzeuges ist in unserem Flächenland mit einer schlecht ausgeprägten Infrastruktur beinahe unerlässlich.

Der Erwerb eines Führerscheins ist kostenintensiv und daher ist dessen Finanzierung besonders für Jugendliche, Auszubildende, Student*innen und Arbeitslose ein Hindernis.

1030 Außerdem fordern wir die SPD-Landtagsfraktion dazu auf zu prüfen, ob es möglich ist für die praktische Führerscheinprüfung ein standardisiertes Konzept auszuarbeiten, welches die Willkür von Fahrprüfer*innen verhindern und unterbinden soll.

Daher soll das Konzept für eine „Standardisierte Praktische Führerscheinprüfung“ folgende Punkte beinhalten:

- es sollen Strecken für die praktischen Führerscheinprüfungen für jeden Kreis festgelegt werden
- 1035 - die Auswahl der Strecken sollen nach einem „Schwierigkeitsschlüssel“ bzw. bestimmten Vorgaben getätigt werden, welcher gewährleistet, dass die vorgegebenen Strecken eine so weit wie möglich gleiche „Schwierigkeit“ besitzen
- dieser „Schwierigkeitsschlüssel“ soll in Absprache mit Prüfer*innen und Fahrschullehrer*innen erstellt werden
- 1040 - ein Kriterium einer praktischen Prüfung ist, dass Fahrschüler*innen sich spontan auf eine ihnen vorher nicht bekannte Strecke einstellen müssen
- um dieses weiterhin zu erfüllen, sollen bei ca. 10 bis 15 Strecken, deren Länge bzw. Anzahl an die Größe des jeweiligen Kreises angepasst werden

1045

1050

INI 1

Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland – keine Abschiebung nach Afghanistan

angenommen

1055 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung, insbesondere den SPD-Ministerpräsidenten Erwin Sellering, auf, sicherzustellen, dass keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan aus MV durchgeführt werden. Dies muss auch für andere Drittstaaten gelten, zu denen Reisewarnungen durch das Auswärtige Amt bestehen, in denen vor Gefahren gegen das menschliche Leben und bedrohlichen Gesundheitsgefahren gewarnt wird.

1060

INI 2

Anwesenheitspflichten abschaffen

angenommen

1065 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Wir fordern, dass die Anwesenheitspflicht für Studierende bei Veranstaltungen in den Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns abgeschafft wird.

Die akademische Freiheit gilt nicht nur für Professor*innen – vielmehr genießen auch Studierende den Schutz der Freiheit von Bildung und Forschung, der charakteristisch für das wissenschaftliche Studium ist. Deshalb fordern wir die Abschaffung Anwesenheitspflichtsregelungen bei universitären Veranstaltungen.

1070

Alle beteiligten Akteur*innen in der SPD, sollen sich für eine Verankerung dieses Grundsatzes einzusetzen.

1075

INI 3

Berufliche Bildung für Geflüchtete verbessern

angenommen

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

1080

Eine gelungene Integration von Geflüchteten beinhaltet auch die Integration auf dem Arbeitsmarkt. Nicht alle Geflüchteten streben eine Hochschulbildung an, viele möchten sich beruflich qualifizieren. Die Vorteile hierfür liegen auf der Hand, ein eigenes Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten, intensive Sprachpraxis sowie soziale und berufliche Netzwerke.

1085

Menschen die diesen Weg einschlagen wollen sollen in dem was sie tun wollen gefördert werden und nicht in einem vorgeschalteten Maßnahmenmarathon davon abgehalten werden. Daher fordern wir Jusos Rostock folgende sieben Maßnahmen:

1090

1. Geflüchtete Berufsschüler*innen in der Berufsausbildung mit gezielten Deutschkursen unterstützen, um das fachliche Lernziel der Berufsschule erreichen zu können.

2. Anpassung der betrieblichen Rahmenlehrpläne durch Ergänzung von betrieblichen bzw. überbetrieblichen Sprachkursen.

1095

3. Verstärkte Aufnahme von Ausbildungsinhalten in englischer Sprache – wovon in einer globalisierten Arbeitswelt alle Auszubildenden profitieren.

4. Geflüchtete mit Berufserfahrung den Einstieg in die Arbeitswelt durch gezielte Qualifikationsmaßnahmen erleichtern.

1100

5. Berufliche Vorbereitungsjahre dürfen keine Rückhaltebecken für Menschen – insbesondere Geflüchtete- sein, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Um gegenseitigen Respekt und Sprachverständnis zu schulen, müssen solche Klassen mit Schüler*innen gemischter Herkunft besetzt werden.

1105

6. Geflüchtete in der Berufsausbildung und beruflichen Qualifikationsmaßnahmen dürfen gegenüber ihren Einheimischen Kolleg*innen keine Nachteile entstehen.

1110 7. Geflüchtete in der Berufsausbildung und beruflichen Qualifikationsmaßnahmen dürfen während diese am Laufen sind nicht abgeschoben werden. Von einer Abschiebung muss auch abgesehen werden, wenn sie nach der Ausbildung eine Arbeit aufnehmen bzw. von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen werden.

INI 4

Gewerkschaft im Rahmenplan verankern

angenommen

1115

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Wir Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern die Aufnahme des Themas „Gewerkschaft“ in den Rahmenlehrplan Sozialkunde in allen allgemeinbildenden und Berufsschulen in Mecklenburg-Vorpommern.

1120

Als wesentliche Inhalte sind insbesondere folgende Schwerpunkte anzusetzen:

- Lohnbildung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie Arbeitsplatzsicherung in Tarifverhandlungen
- betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung
- Jugend- und Auszubildendenvertretung

1125

1130

INI 5

Gleiche Bildungschancen umsetzen!

angenommen

Abgelehnt

nicht behandelt

1135 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern setzen sich für eine deutliche Veränderung und Verbesserung der schulischen Bildung mit dem Ziel, echte Chancengleichheit zu schaffen, ein.

1140 Zu diesem Zwecke sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse statt Auftrennung der Schüler*innen in verschiedene Schulformen nach der 6. Klasse

1145 2. Generelles gleichberechtigtes Team-Teaching aus einer*einem Lehrer*in und einer*einem Sonderpädagog*in

3. Etablierung von multiprofessionellen Teams aus Schulpsycholog*innen, Sozialpädagog*innen und Heilerzieher*innen an allen Schulen

4. Ausbau von Ganztagschulen mit einer engen Verknüpfung der Ganztagsschulangebote mit dem Unterricht

1150 5. Sensibilisierung von Lehrer*innen und Lehramtsstudierenden für einen diskriminierungsfreien Unterricht und den Umgang mit verschiedenen sozioökonomischen Voraussetzungen und Beeinträchtigungen.

6. Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung von Schulen

7.

INI 6

Das Alter spielt eine Rolle – Integrationskurse den Menschen anpassen

angenommen

1155 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Wir fordern, dass bei Integrationskursen darauf geachtet wird, was für Bedürfnisse und Anforderungen die Teilnehmer*innen aufgrund ihres Alters haben.

1160

INI 7

Keine GEMA für die Lehre – Der VG Wort offensiv entgegen treten

 angenommen Abgelehnt nicht behandelt

1165 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Wir fordern die KMK dazu auf, den Rahmenvertrag neu zu verhandeln und sich dafür einzusetzen, den Status Quo zu sichern. Damit meinen wir, dass den Studierenden weiterhin die studienrelevanten Unterlagen digital zur Verfügung stehen müssen. Im Interesse einer guten Lehre fordern wir zudem alle Hochschulen auf, Stellung zu dem Rahmenvertrag zu beziehen sowie insbesondere hochschulintern zu erklären, wie ab dem 1.1.2017 mit der veränderten Situation umzugehen ist. Dies betrifft nicht nur Universitäten, sondern auch die schulische Bildung!

1170

Weiterhin begrüßen wir die Ablehnung des Rahmenvertrags durch die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und fordern sie auf, weiterhin konstruktiv auf die KMK einzuwirken und im Interesse aller Hochschulmitglieder konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Qualität der Erstellung und Publikation von Lehr- und Lernmaterialien sicher zu stellen.

1175

1180

Daher fordern wir: Eine schnelle Lösung, statt ein jahrelanger Streit um die Qualität der Universitäten aufrechtzuerhalten.

INI 8

Schluss mit geplantem Verschleiß

 angenommen

Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

1185

Geplanter Verschleiß ist ein reales Problem. Die teils gefühlte Wahrnehmung, dass bestimmte Produkte meist pünktlich mit Ablauf der Gewährleistung die Funktionsfähigkeit verlieren, lässt sich empirisch belegen. Er tritt in verschiedensten Formen auf von Zählern, die nach Ablauf einer bestimmten Zeit gezielt die Funktionsfähigkeit des Produktes deaktivieren über bewusst oder unbewusst erzeugten vorzeitigen Verschleiß durch den Verbau von Teilen minderer Qualität bis hin zur Unverfügbarkeit von Ersatzteilen. Die durchschnittliche Lebensdauer von haushaltsüblichen Elektrogeräten sinkt jährlich nachweisbar ohne notwendige Ursache.

1190

Geplanter Verschleiß ist ein Phänomen der modernen Konsumgesellschaft, welches zu einer Reihe von problematischen Entwicklungen führt.

1195

Wirtschaftlich führt geplanter Verschleiß zu einer Umverteilung von unten nach oben. In Deutschland kostet geplanter Verschleiß jeden Monat jeden Bürger im Durchschnitt 110 €, die denjenigen kleinen Teil zur Gute kommen die durch Gewinne an der Produktion vorzeitig verschlissenen Geräten beteiligten sind.

1200

Aus ökologischer Sicht steht fest, dass geplanter Verschleiß zu unnötigen und sinnlosen Ressourcenverbrauch führt. Jährlich werden hierdurch ca. 10 Mio. t unnötigen Abfalls produziert und das Energieäquivalent von 16 – 18 Großkraftwerken wird sinnlos verbraucht.

Geplanter Verschleiß führt weiterhin zu unnötiger Arbeit und erhöht so die tatsächliche gesamtgesellschaftlich notwendig zu leistende Arbeitszeit.

1205

Die Ursachen des geplanten Verschleißes liegt zum einen in der Produktionslogik des Kapitals und zum anderen in einer durch mangelnde Transparenz erzeugte Verzerrung der Konsument*innenautonomie:

Für den Produzierenden bedeutet geplanter Verschleiß zum einen oftmals Kosteneinsparungen beim Verbau qualitativ minderwertiger Teile und immer eine Steigerung der Umsätze, da hierdurch künstlicher Bedarf geschaffen wird.

1210

Für den Konsumenten*innen gibt mangels ausreichenden Informationen kaum die Möglichkeit geplanten Verschleiß aus dem Weg zu gehen.

Deswegen schlagen wir folgende Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Entwicklungen vor:

1215

1. Die Einführung eines modifizierten Energielabels. Dieses soll zusätzlich die voraussichtliche Lebensdauer und die Reparierbarkeit des Gerätes darstellen.

2. Eine minimale Vorhaltefrist von Ersatzteilen für die Hersteller von 4 Jahren nach Verkauf des letzten Gerätes einer Art.

1220

INI 9

Her mit der 30 Stunden Woche

angenommen

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

1225 Die durch die Digitalisierung der Arbeitswelt entstehenden Produktivitätsgewinne der Arbeitsgesellschaft müssen zum Vorteil der Arbeitnehmer*innen umverteilt werden

Deswegen fordern wir die gesetzliche Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

INI 10

Zukunfts- und Altersfester Mindestlohn

angenommen

1230 Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

Die Erhöhung des Mindestlohns soll sich in Zukunft nicht mehr nur an den Inflationsraten orientieren. Folgende Kategorien sollen durch die Mindestlohnkommission zusätzlich berücksichtigt werden:

1. Die Armutsgefährdungsgrenze
- 1235 2. Der Notwendige Stundenlohn der bei 40 Jahren Vollzeitbeschäftigung notwendig ist, um nicht in Altersarmut zu fallen.
3. Das soziokulturelle Existenzminimum

1240

INI 11

Wir Tradis! – Versuch einer Standortbestimmung

angenommen

Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:

- (1) Wir Tradis verstehen uns als Zusammenschluss von Verbänden und Verbandsteilen der Jusos,

1245 die im Sinne einer Orientierung der Jusos als feministischer, internationalistischer und sozialistischer Richtungsverband wirken.

1250 (2) Als Tradis stehen wir zu unseren Wurzeln in der ArbeiterInnenbewegung und der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Auf dieser Grundlage bringen wir uns in aktuelle gesellschaftliche und politische Debatten ein und sind in diesem Austausch offen für neue linke Politik- und Theorieansätze, Perspektiven, AkteurInnen und Impulse für unsere eigene Arbeit.

1255 (3) Zentraler Bezugspunkt unserer politischen Praxis ist die Doppelstrategie. Wir verstehen uns nicht nur als parteipolitische Organisation, sondern als Teil der gesellschaftlichen Linken. Wir bringen uns in parteiunabhängigen Initiativen und Bewegungen ein und betreiben aktiv Bündnispolitik. Anschluss an linke und alternative Jugend- und Subkultur ist uns ebenso wichtig, wie Offenheit gegenüber (noch) nicht so stark politisierten jungen Menschen, die aktiv werden wollen.

1260 (4) Fast alle Tradiverbände haben direkte Grenzen zu unserer europäischen NachbarInnen und PartnerInnen. Die gemeinsame Gestaltung Europas, bilaterale Austausche, internationale Zusammenarbeit und die aktive Mitarbeit in unseren sozialistischen europäischen und internationalen Dachorganisationen sind und bleiben deshalb eines unserer zentralen Anliegen.

1270 (5) Wir Tradis vereinen Verbände aus Ost- und Westdeutschland. Wir fühlen uns deshalb in besonderem Maße einem emanzipatorisch-freiheitlichen Sozialismus verpflichtet, der individuelle Freiheiten genauso hoch gewichtet wie kollektive Selbstbestimmung und liberale Freiheitsrechte genauso Ernst nimmt, wie die materiellen Voraussetzungen für echte Gleichberechtigung, politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe.

1275 (6) Unser Anspruch ist es als Tradis, mit unseren Positionen, Ansätzen und Perspektiven den Jusoverband als Ganzes zu gestalten. Deshalb verstehen wir uns als ver-

bandtragender Teil des linken Juso-Bundesverbandes. Und wir bringen uns konstruktiv und kritisch in Koordinierungsrunden der Gesamtlinken ein.

1280 (7) Wir stehen in kritischer Solidarität zur SPD. Wir sehen es als Aufgabe der Jusos, die sozialdemokratischen Werte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu vertreten und in der SPD für deren konkrete Ausgestaltung und konsequente Umsetzung zu streiten. Wir wollen die Jusos weiter als eigenständigen Richtungsverband positionieren, der für ein klares SPD-Profil als linke Volkspartei eintritt.

1285 (8) Die Tradis verstehen sich - wie Zeit ihres Bestehens - nicht als Strömung im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr als „freie Assoziation freier Verbände“, die sich im Bewusstsein der Übereinstimmungen ihrer Interessen und programmatischen Ziele zusammengefunden haben, um gemeinsam für die Umsetzung ihrer gemeinsamen inhaltlichen wie strategischen Ziele bei den Jusos einzutreten.
1290

(9) Die fortgesetzte Diskussion auf der Plattform der Tradis ist die Quelle unseres Selbstverständnisses. Es ist Teil der Organisationskultur der Tradis, sich unabhängig von der Größe der Heimatverbände in der inhaltlichen Diskussion auf Augenhöhe zu begegnen und sich - auch im Widerstreit - auf eine gemeinsame programmatische Linie zu verständigen. Dabei respektieren wir Unterschiede zwischen den Verbänden und Positionen, bei denen wir (noch) nicht einer Meinung sind. Unterschiede anerkennen, gemeinsam voranschreiten – das ist der Kern unseres Selbstverständnisses.
1295

1300 (10) Das zentrale Beratungsgremium der Tradis ist die Runde der VertreterInnen der Landesverbände, Bezirke oder Verbandsteile. Ziel ist es, eine einvernehmliche Positionierung zu erreichen. Sofern keine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann, wird der bestehende Dissens festgestellt und ein miteinander abgestimmter Umgang mit den unterschiedlichen Positionen angestrebt.

1305 (11) Die TradiKoordinierung stellt den Kontakt zu anderen Gruppen im Bundesverband her

und vertritt die Interessen der Tradi-Verbände in Verhandlungen. Im Auftrag der Runde der VertreterInnen wird die TradiKoordinierung tätig, um die Arbeit und Beratungen der Tradis organisatorisch zu strukturieren und vorzubereiten. Im Eilfall informiert die Koordinierung die Verbandsteile möglichst schnell und holt ein Votum aus den Verbänden ein.

1310

(12) Auf Tradi-Kongressen entwickeln wir unsere langfristigen programmatischen Positionen weiter. In die Vorbereitung und Durchführung der Kongresse binden wir unsere Verbandsteile ein. Es ist unser Anspruch, mit unseren Positionierungen Impulse zu setzen und die Arbeit des Bundesverbandes voranzubringen.

1315